

Udo Baron

Niedersächsischer Verfassungsschutz

Die DDR im Spiegel des deutschen Linksextremismus

Mit dem Ende der DDR setzte 1990 auch die Aufarbeitung ihrer Geschichte ein. Auf der politischen, rechtlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Ebene widmen sich seitdem zahlreiche Institutionen dieser Thematik. Auf der bundespolitischen Ebene waren es beispielsweise die beiden sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigenden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages und die von ihnen auf den Weg gebrachte Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder Untersuchungsausschüsse zum Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo).

Seit Anfang der 1990er Jahre ist eine umfassende Aufarbeitungslandschaft im vereinten Deutschland entstanden. Sie reicht von wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin oder dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam über die Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit der DDR (BStU) bis hin zu diversen unabhängigen Aufarbeitungsinitiativen wie z. B. der Robert-Havemann-Gesellschaft oder Opferverbänden wie dem Bund der Stalinistisch Verfolgten. Sie durchleuchten aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln die DDR-Geschichte und versuchen so, die dortigen Macht- und Herrschaftsstrukturen transparent zu machen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rolle und Funktion die DDR für bundesrepublikanische Linksextremisten gespielt hat und welche sie ein Vierteljahrhundert nach ihrem Untergang noch einnimmt.

- In welchen linksextremistischen Milieus findet diese Auseinandersetzung statt?
- Welche Geschichtsbilder versuchen Linksextremisten über die DDR zu etablieren?
- Welche Ziele verfolgen sie damit?
- Inwieweit findet eine kritische Auseinandersetzung mit dem ideologischen Erbe und damit verbunden eine Korrektur ideologischer Positionen statt?

Bislang gehört die Rezeption der DDR-Geschichte im Linksextremismus noch zu den wissenschaftlich kaum erschlossenen Themenfeldern. Ich möchte mich daher in Form von acht Thesen diesem Thema nähern. Zwar kann ich keine

erschöpfende Antworten liefern, aber möglicherweise Anregungen für die weitere Auseinandersetzung mit dieser Thematik liefern.

Thesen

These 1

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte findet in erster Linie im dogmatischen Linksextremismus statt

Die Auseinandersetzung mit Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen findet in erster Linie im dogmatischen, d.h. im marxistisch-leninistisch orientierten Linksextremismus statt. Dahinter verbirgt sich in erster Linie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und vor allem die extremistischen Zusammenschlüssen der aus der SED hervorgegangenen Partei DIE LINKE. wie die Kommunistische Plattform (KPF) oder das Marxistische Forum, aber auch ihnen nahestehende zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände. Letzterem gehören u.a. Organisationen wie das aus ehemaligen MfS-Mitarbeitern bestehende Insider-Komitee oder die aus ehemaligen Funktionären der SED und ihrer Blockparteien und Massenorganisationen zusammengesetzte Gesellschaft zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte an. Hinzu kommen z. B. marxistisch-leninistische Printmedien wie die Junge Welt und der 1998 von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost gegründete RotFuchs sowie Verlage wie die Edition Ost, in denen ehemalige Funktionäre des Macht- und Herrschaftsapparates der DDR ihre Geschichtsbilder publizieren

Für diese dogmatischen Linksextremisten - und dazu zähle ich vor allem die orthodoxen Marxisten-Leninisten - bilden die DDR und ihre marxistisch-leninistische Ideologie bis heute den Orientierungsrahmen für ihr Denken und Handeln.

Seit dem Ende der DDR geht es für sie in erster Linie darum, eine Gegenöffentlichkeit zu den sonstigen Geschichtsdebatten und zur offiziellen Geschichtsschreibung und -wahrnehmung zu schaffen. Aus diesem Grunde verfügen entsprechende Parteien wie die DKP über Geschichtskommissionen, die aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und einer parteispezifischen Interpretation Orientierung suchen.

These 2

Dogmatische Linksextremisten relativieren die SED-Diktatur und betreiben eine rückwärtige Idealisierung der DDR

Dogmatische Linksextremisten versuchen mit Hilfe ihrer Publikationen und sonstigen Verlautbarungen ein positives DDR-Bild zu vermitteln. So findet man häufig auf Formulierungen wie

- Die DDR war der bessere deutsche Staat, da er angeblich antifaschistisch, sozialer und friedliebender war als die BRD
- Die DDR bot seinen Bürgern soziale Sicherheit. Es gab z. B. ausreichend Arbeitsplätze, Bildung, Kinderbetreuung und kostenlose Gesundheitsfürsorge für jeden DDR-Bürger

Vielfach trifft man auf verklärende Äußerungen. Das bis heute gültige DKP-Parteiprogramm vom 8. April 2006 etwa zählt die DDR „zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung“. Der aus der DKP stammende heutige niedersächsische Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE., Manfred Sohn, schreibt in den Weißenseer Blättern noch 2005, die DDR „sei der beste Staat auf deutschem Boden gewesen, den es bisher gab.“ Aussagen, nach denen die Berliner Mauer den Frieden sicherte sind ebenso ungewöhnlich wie die in der Jungen Welt vom 11. September 2014 geäußerte Behauptung, dass MfS sei notwendig gewesen, da die DDR ständigen Bedrohungen durch den Imperialismus/Kapitalismus ausgesetzt war und einen beständigen Abwehrkampf gegen Spionage und Sabotage führen musste.

Die Stoßrichtung dieser Äußerungen ist unmissverständlich:

- Das SED-Regime soll verharmlost werden
- Ihre Verbrechen sollen relativiert werden
- Das Leben in der DDR soll verklärt werden

These 3

Dogmatische Linksextremisten versuchen, durch Mythen- und Legendenbildung ein positives DDR-Bild zu zeichnen

Marxisten-Leninisten setzen Mythen und Legenden über die DDR in die Welt gesetzt, reichern sich immer wieder an und bedienen sie, bis sie sich in den Köpfen der Menschen als (vermeintliche) Tatsachen niederlegen.

Mythos Antifaschismus

Der bedeutendste und bis heute nachwirkende Mythos ist der von der antifaschistischen DDR. Dogmatische Linksextremisten behaupten, dass der „Faschismus und Militarismus“ in der DDR vollständig beseitigt und die Parole „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ in der DDR vollständig umgesetzt worden sei.

Die Realität sah dagegen etwas anders aus. So hatten führende Politiker der SED und ihrer Blockparteien bis auf Ministerebene eine Nazi-Vergangenheit, z. B. waren der letzte DDR-Umweltminister Reichelt oder der DDR-Vize-Außenminister Kurt Nier beide eingetragene NSDAP-Mitglieder gewesen.

Ehemalige führende Nationalsozialisten halfen zudem an zentralen Stellen beim Aufbau der DDR mit. Vincenz Müller, ehemaliger Generalleutnant der Wehrmacht, baute beispielsweise zunächst die Kasernierte Volkspartei und dann die Nationale Volksarmee der DDR auf. Ernst Großmann, Mitglied der 5. SS-Totenkopf-Standarte im KZ Sachsenhausen gehörte zu den Begründern der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) in der DDR. Zugleich war er langjähriges Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED. Arno von Lenski, Richter am Volksgerichtshof von Roland Freisler, baute die Panzertruppen der Nationalen Volksarmee der DDR auf. Mit der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) wurde sogar extra von SED-Funktionären eine Blockpartei in der DDR gegründet, die als Auffangbecken für ehemalige Nazis, Wehrmachtsangehörige und Vertriebene diente.

Ehemalige Nazi-Funktionäre wirkten aber nicht nur in Politik und Gesellschaft der DDR mit, manche von ihnen wurden auch für Schauprozesse wie sie z. B. 1950 in Waldheim stattgefunden haben, benutzt oder zur Zusammenarbeit mit dem MfS erpresst.

Obwohl in der letzten Phase der DDR kaum mehr zu übersehen, wurde von offizieller Seite bis zuletzt die Existenz rechtsextremistischer Strömungen und Gruppierungen, z.B. in Form der immer stärker werdenden Skinhead-Bewegung in der DDR, gelehnt. Daran änderte auch der Überfall von Skinheads auf ein Punkkonzert in der Ost-Berliner Zionskirche am 17.10.1988 ebenso wenig wie eine Studie des Leipziger Instituts für Sozialforschung aus dem Jahre 1988, in der das Akzeptanz- und Sympathiepotential bei DDR-Jugendlichen für die NS-Ideologie auf 15 bis 19 Prozent veranschlagt wurde.

Erst während der friedlichen Revolution 1989/90 nahm die SED offiziell einen Rechtsextremismus in der DDR wahr. Zu diesem Zeitpunkt diente er ihr aber nur noch als Argument für die von ihr für notwendig gehaltene Weiterexistenz einer Staatssicherheit in Form des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) anstelle des MfS.

Mythos Mauerbau

Ein weiterer Mythos, der gerne gepflegt wird, behauptet, die Berliner Mauer verhinderte einen 3. Weltkrieg. So heißt es in den DKP-Nachrichten vom 12. August 2013, mit der Mauer wurde „tatsächlich der Frieden in letzter Minute gerettet“. Pauschalisierend wird der Mauerbau als ein „Produkt des Kalten Krieges und der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen bipolaren Weltordnung von Ost und West“ dargestellt. Dadurch soll der von ihr ausgehende Schrecken nicht nur relativiert werden, sondern zugleich die Verantwortung für ihre Existenz von der SED auf den Kalten Krieg und somit auf die Sowjetunion und die USA delegiert werden.

These 4

Dogmatische Linksextremisten versuchen, die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre zu bewahren, um so einen künftigen erneuten Anlauf zum Sozialismus legitimieren zu können

Mythen- und Legendenbildung, Verharmlosung und Verklärung der DDR dienen in erster Linie einem der Öffentlichkeit zu vermittelnden Ziel:

Die Idee des Sozialismus/Kommunismus war und ist gut, nur die Ausführung wie sie im sogenannten real existierenden Sozialismus erfolgte, war nicht so gelungen.

Die DDR wird daher von dogmatischen Linksextremisten als ein „historisch legitimer“ Versuch betrachtet, der nicht an einer möglicherweise fehlerhaften und unmenschlichen Ideologie scheiterte, sondern nur an deren mangelhafter Umsetzung. Das dahinter steckende Ziel ist es, die kommunistische Utopie vor der Realität zu schützen, um so die Legitimation für einen zweiten Anlauf zum Sozialismus/Kommunismus zu haben.

These 5

Dogmatische Linksextremisten verlagern die Verantwortung für die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme in den neuen Ländern auf den Transformationsprozess

Dogmatische Linksextremisten versuchen der Öffentlichkeit die Bundesrepublik und den Westen als Sündenbock zu präsentieren, um so von den eigenen Verantwortlichkeiten abzulenken

Nicht 40 Jahre DDR-Sozialismus, sondern die Politik der Bundesrepublik und die Fehlentwicklungen im Transformationsprozess, die es natürlich auch zahlreich gegeben hat, werden für alle Probleme in den neuen Ländern verantwortlich gemacht. Sei es für die rapide angestiegene Arbeitslosigkeit seit 1990, die

weitgehende De-Industrialisierung oder die auch vorhandene Armut in Teilen der neuen Länder.

Zum Sündenbock werden dabei pauschal die politischen Verantwortungsträger, insbesondere die Bundes- und Landesregierungen aller politischen Couleur und die Treuhandanstalt sowie ihre Nachfolgeorganisation, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) erklärt.

Mit dieser Vorgehensweise versuchen vor allem dogmatische Linksextremisten nachträglich eine heile Welt der SED-Diktatur zu zeichnen, die vom kapitalistischen Westen aus niedrigem Anlass zerstört wurde. So wollen sie im Nachhinein eine DDR-Identität schaffen, die es zu DDR-Zeiten nicht gegeben hat. Zugleich möchten sie durch die positive Zeichnung der DDR Sympathien in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung für einen neuen Anlauf zu einem utopischen Kommunismus wecken.

These 6

Die zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im dogmatischen Linksextremismus nimmt die SED-Nachfolgepartei PDS bzw. DIE LINKE. ein

Die Einschätzung der PDS bzw. der DIE LINKE. in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte gehört sicherlich zu den schwierigsten Unterfangen. Im Gegensatz zur alten SED ist die PDS/DIE LINKE. keine monolithischer Block mehr, sondern eine linke Strömungspartei. Ihr politisches Spektrum reicht von demokratischen Gruppierungen bis hin zu extremistischen Zusammenschlüssen. Aus diesem Grunde wird auch nicht mehr die Gesamtpartei vom niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet, sondern nur noch ihre extremistischen Zusammenschlüsse.

Aufgrund ihrer Geschichte als SED-Diktaturpartei und ihrer sich bis heute daraus generierenden Mitgliedschaft bildet sie aber weiterhin einen Hort der Auseinandersetzung des dogmatischen Linksextremismus mit der DDR-Geschichte.

1989 hat sich die SED bewusst nicht aufgelöst, da sie vor allem ihr Vermögen nicht verlieren wollte. Mit diesen Geldern hat die dann in SED.PDS bzw. PDS umbenannte SED aber auch deren Traditionen und Mitglieder übernommen. DIE LINKE. besteht seitdem - neben linksliberalen bürgerlichen Mitgliedern - zu einem nicht unerheblichen Anteil aus ehemaligen Funktionären, Helfern und Mitläufern der SED, ihrer Blockparteien und Massenorganisationen. Hinzu kommen aus der alten Bundesrepublik westdeutsche Linksextremisten, z. B. aus der DKP oder den K-Gruppen. Sie alle haben ihre weitgehend marxistisch-leninistisch geprägten Weltbilder und Lebenserfahrungen in die Partei eingebracht und prägen sie damit bis heute.

Aufgrund dieser ideologischen Vorprägungen weiter Teile ihrer Mitgliedschaft war und ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen für die PDS bzw. DIE LINKE. von zentraler Bedeutung. Genau aus diesem Grunde hat auch DIE LINKE. bei ihrer Gründung 2007 - wie schon die PDS 1990 - eine Historische Kommission eingerichtet.

Zur Notwendigkeit einer solchen Historischen Kommission hielt DIE LINKE. fest, dass sich „auch das Selbstverständnis der Partei ... neben den aktuellen Problemen zu erheblichen Teilen über Geschichtsbilder und deren Interpretation“ definiert.

Weiter heißt es in dem Beschluss zur „Bildung einer Historischen Kommission der Linken und Berufung ihrer Mitglieder“ vom 25.08.2007:

„DIE LINKE. braucht eine ständig geführte, eigenständige Geschichtsdiskussion. Ein Verzicht darauf würde bedeuten, dass einerseits dem Einfluss medial vermittelter Geschichtsinterpretationen politisch vorherrschender Kräfte nichts entgegengesetzt und andererseits die Konservierung überholter Geschichtsdeutungen in Teilen der Mitgliedschaft begünstigt wird.“

Neben der Historischen Kommission existiert zudem ein Ältestenrat, der sich immer wieder in die historische Auseinandersetzung um die DDR einbringt. Auffallend ist, dass bis heute Mitglieder beider Einrichtungen zum Teil wichtige Funktionen in der DDR einnahmen. So war der Vorsitzende des Ältestenrats, Hans Modrow, letzter SED-Ministerpräsident der DDR und SED-Politbüromitglied. Während Bruno Mahlow Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen des ZK des SED und Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED war, fungierte Gregor Schirmer nicht nur als Abgeordneter der Volkskammer sondern auch Stellvertreter des DDR-Ministers für Hoch- und Fachschulwesen.

Der Vorsitzende der Historischen Kommission, Günter Benser, wiederum war stellvertretender Abteilungsleiter am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED und dann Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), dem Nachfolgeinstitut des IML.

Im Gegensatz zur DKP, in der die Diskussionen zur DDR weitgehend in eine ausschließlich marxistisch-leninistische Interpretation der DDR-Geschichte laufen, finden innerhalb der Partei DIE LINKE. kontroverse Debatten über die historische Einordnung der DDR und ihrer herrschenden Partei, der SED, statt.

a) Kontroverse um Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

Bereits 1990 hat sich die damalige PDS auf einen antistalinistischen Grundkonsens verständigt. Die extremistischen Zusammenschlüsse in der PDS/DIE LINKE.

widersprachen diesem antistalinistischen Grundkonsens ihrer Partei und lehnen bis heute den Begriff Stalinismus ab, da sie darin eine grundsätzliche Diskreditierung der DDR sehen. Aus diesem Grunde lehnten sie auch einen Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“, initiiert von SPD und DIE LINKE., auf dem Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde kategorisch ab.

Heinrich Fink, Ex-PDS-Bundestagabgeordneter und Vorsitzender des VVN-BdA sieht in dem Gedenkstein gar „eine Verunglimpfung des Wirkens hochrangiger Vertreter der kommunistischen Bewegung.“

Der Gedenkstein wurde am Rande der LL-Demo sogar bespuckt und beschädigt.

b) Kontroverse um Geschichtspapier der sächsischen Linken

Anfang 2009 ist innerhalb der DIE LINKE. ein heftiger Streit um die „20 Thesen“ der sächsischen DIE LINKE. entbrannt. Darin bezeichnen ihre Autoren die DDR als „Diktatur“ in der „viele ihrer Bürger Zwang, Angst, Hilflosigkeit und Unterdrückung“ erlebten. Zugleich werfen sie der DDR die „fortwährende Verletzung universaler Menschenrechte“ vor.

Ihre Gegner, vor allem in der KPF, lehnten das Thesenpapier ab. Sie warfen den Autoren vor, in den Thesen fände sich „kein Wort über gesellschaftliche Vorzüge des untergegangenen Sozialismus“, keine „vergleichbare Bewertung des Kapitalismus“. Zugleich würden sie die Totalitarismuskonzeption bedienen, weshalb die Verfasser aufgefordert wurden, ihr Thesenpapier zurück zu ziehen.

c) Kontroverse um Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat

Jüngstes Beispiel ist ein Papier, auf das sich DIE LINKE., SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen am Rande ihrer Sondierungsgespräche geeinigt habe. Darin wird die DDR rückblickend „in der Konsequenz als Unrechtsstaat“ bezeichnet, weil „Recht und Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten.“ Innerhalb der DIE LINKE. hat diese Formulierung eine heftige Kontroverse ausgelöst, da entsprechende Charakterisierungen noch immer an den Grundfesten des Selbstverständnisses der Partei rütteln.

Verhältnis zu ehemaligen Funktionären der SED und des MfS

All diesen Kontroversen zum Trotz sind bis heute Affinitäten vor allem der extremistischen Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE. zu ehemaligen hochrangigen Funktionären von SED und MfS nicht zu übersehen. Ebenso wie die DKP verstehen sich vor allem die KPF und das Marxistische Forum als deren

Interessenvertreter und sind bereit, ihnen ein Forum zu bieten. So unterstützen sie die Anliegen von ehemaligen Funktionären der SED, ihrer Blockparteien und Massenorganisationen und halten auch mal ein Grußwort an ehemalige Mitarbeiter der HVA wie es Ulla Jelpke 2010 tat.

Dabei betonte sie den „mutigen Einsatz [der HVA-Mitarbeiter] für den Frieden nach dem Ende der DDR“ und hielt fest:

„Während Antikommunisten aller Couleur mit Schaum vorm Munde an der weiteren Dämonisierung der DDR und insbesondere des MfS arbeiten, sind in den letzten Jahren aus Euren Kreisen umfangreiche nüchterne wissenschaftliche Untersuchungen und Dokumentationen entstanden.“ (zitiert nach Tagesspiegel vom 16.07.2010)

Auffällig ist der nicht unerhebliche Spagat, den DIE LINKE. vollzieht. Muss sie sich doch zum einen von der DDR und ihren Verbrechen distanzieren, vor allem vom Stalinismus, um im politischen System der Bundesrepublik akzeptiert zu werden. Zum anderen aber muss sie auch große Teile der Partei, die aufgrund ihrer Biografien eng mit der SED verbunden waren, nostalgisch bedienen, da sie sie u.a. als Mitglieder und Wähler benötigt hat und noch immer benötigt.

These 7

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte spielt für autonome Linksextremisten nur eine untergeordnete Rolle

Autonome sind traditionell weder ideologisch sonderlich interessiert noch sind sie besonders theorielastig in ihrer Argumentation. Im Gegensatz zu den orthodoxen Marxisten-Leninisten war für sie die DDR und der reale Sozialismus kein Orientierungs- und Bezugspunkt. Aus diesem Grunde haben sie die Zeitenwende 1989/90 auch relativ unbeschadet überstanden.

Somit ist es auch nicht sonderlich überraschend, dass erst 20 Jahre nach dem Ende der DDR Antifa-Gruppen damit anfangen, sich für das sozialistische Experiment auf deutschem Boden näher zu interessieren.

Trotz intensiver Suche sind mir dabei nur zwei Veranstaltungen näher aufgefallen:

- Veranstaltung „Radikale Linke und der Realsozialismus“ der ARAB/ALB mit NVA-Oberst Ingo Höhmann, Inge Vielt und Herbert Mißlitz (VL), linken DDR-Oppositionellen am 17. Januar 2010 in Berlin

- Veranstaltung der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF) zusammen mit der SDAJ und der DKP zum „Leben und politischen Kampf in der DDR“ am 18. Juni in Fürth

Die Auseinandersetzung mit DDR bleibt bis in die Gegenwart die Ausnahme, da dieses Thema Autonome nicht wirklich interessiert.

These 8

Autonome Linksextremisten lehnen die DDR als Staat ab, ihre (vermeintlich) antikapitalistische und antifaschistische Ausrichtung ist aber ebenso wie die Idee des Kommunismus positiv belegt

Autonome verstehen sich als herrschafts- und hierarchiefrei und lehnen aus diesem Grunde staatliche Strukturen, Institutionen und Repräsentanten ab. Ihre Ablehnung der fdGO und des Kapitalismus bedeutet aber wiederum nicht, dass sie die DDR akzeptierten. Vielmehr waren und sind autonomes Selbstverständnis und der vom kleinbürgerlichen Mief getragene DDR-Sozialismus weitgehend inkompatibel.

Die DDR wird vielmehr oftmals heftig kritisiert und mit dafür verantwortlich gemacht, dass der Kapitalismus/Imperialismus den Osten Deutschlands „erobern“ konnte.

So heißt es in einem Artikel namens „revolutionärer Klassenkampf – einzige Perspektive gegen die internationale Kapitaloffensive:

- „In der DDR wurde vom `Großen Bruder´ Sowjetunion ein Pseudo-Sozialismus stalinistischer Prägung verordnet, der der Klasse von oben übergestülpt wurde. Da wirklicher Sozialismus jedoch nur das Produkt der Eigenaktivität der Klasse sein kann, wie die Geschichte eindeutig gelehrt hat, musste dieser Versuch scheitern, ein solches Regime mit Massenunterstützung aufzubauen. Stattdessen beehrte die von der politischen Elite in der Propaganda umworbene Klasse bereits 1953 auf, zwar sicher nicht ohne kapitalistischen West-Einfluss, jedoch als Anzeichen eines schier unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen der sich zu-nehmend etablierenden herrschenden Klasse der DDR und ihrer Arbeiterklasse. Mit der blutigen Niederschlagung des Aufstands [gemeint ist der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, d. Verf.] wurde das ostdeutsche Proletariat quasi bis zur Wende 1989, dem Zusammenbruch des staatskapitalistischen Regimes in der DDR, lahmgelegt. Das schuf für die nachfolgende Zeit der imperialistischen Rückeroberung der DDR durch das westdeutsche Kapital eine schlechte Ausgangsbedingung für soziale Gegenwehr.“ (Artikel „revolutionärer Klassenkampf – einzige Perspektive gegen

die internationale Kapitaloffensive vom 21.11.2012, veröffentlicht auf linksunten.indymedia.org)

Dieser Text lässt aber zugleich eine unverhohlene Sympathie für die (vermeintlich) antikapitalistische und antifaschistische Politik der DDR erkennen. Auch Sympathisanten kommunistischer Regime werden durchaus bei gemeinsamen Veranstaltungen akzeptiert. So kommt es, dass einige Autonome kein Problem damit hatten, neben Bildern von Stalin, Mao und Hoxhas z. B. auf LL-Demo in Berlin zu demonstrieren.

Fazit

Abschließend steht die Frage im Raum: Kann man heute von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus sprechen? Folgt man z. B. der Definition von Revisionismus bzw. Geschichtsrevisionismus der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), so ist Geschichtsrevisionismus ein „wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Ideologien. Er verfolgt das Ziel, die Geschichtsschreibung zum Beispiel über den Nationalsozialismus aus politischer Motivation umzudeuten und so Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren.“ Dem „Revisionismus geht es - anders als von seinen Vertretern oft behauptet – nicht um eine wissenschaftliche und objektive Auseinandersetzung mit Geschichte. Stattdessen manipulieren Revisionisten häufig Fakten, um den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Zu diesem Zweck werden beispielsweise historische Dokumente und Überlieferungen bewusst fehlinterpretiert, der eigenen Ansicht widersprechende Forschungsergebnisse ignoriert oder bestimmte Ereignisse komplett geleugnet.“

Eine Definition für einen linksextremistischen Geschichtsrevisionismus habe ich zwar nicht gefunden. Bricht man diese auf den rechtsextremistischen Revisionismus bezogene Definition auf den Linksextremismus herunter, so stellt man unschwer fest, dass er für den autonomen und somit aktionsorientierten Linksextremismus allein schon aufgrund seiner theorieferne und seiner Ablehnung jeglicher Hierarchen und Herrschaftsformen nicht in Frage kommt.

Auffallend dagegen sind die Parallelen zum dogmatischen Linksextremismus. Denn dort ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte von zentraler Bedeutung. Auch er versucht aus politischer Motivation die Geschichte des DDR-Sozialismus umzudeuten, die „guten Seiten“ zu betonen und so deren Verbrechen zu relativieren bzw. zu verharmlosen. So wird bis heute in den dementsprechenden Kreisen der Schießbefehl an der Berliner Mauer und an der innerdeutschen Grenze geleugnet. Dadurch versuchen sie, dass SED-Regime und den DDR-Sozialismus weniger brutal und menschenverachtend erscheinen zu lassen als sie in Wirklichkeit waren.

Ob diese Aspekte allein schon ausreichen, von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus zu sprechen, muss die intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rezeptionsgeschichte der DDR im bundesrepublikanischen Linksextremismus ergeben. Wenn dem aber so sein sollte, gilt es, dieser Entwicklung mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!